

## Anhang 182.28 zum Text 182.0

## Vom Verrat der Demokratie und Ökonomie

von den Linken, den Mittigen und den Rechten,  
die alle glauben, das politisch Richtige zu erkennen und zu tun

# Tristan Abromeit

Ende 2025

00000000000000000000000000000000000000000000000000000000000000

# Auszüge

Aus

# Segen und Fluch des Geldes

# in der Geschichte der Völker

## Eine geschichtliche Studie

von

# Fritz Schwarz

Genossenschaftsverlag Bern / 1945

## 2. Auflage

Hinweis auf

**Text 56.2.1** (72 + 1 Seiten / 9.079 KB)

**Dr. Max Sternberg.** Warum und wie zur Freiwirtschaft / FFF  
1924 Druck und Verlag von Anton Gerhard in Emden / Fraktur

**Text 56.2.2** (27 Seiten / 4.926 KB)

### **Dr. Max Sternberg. A) Biographische Notiz von Werner Onken**

## B) Warum und wie zur Freiwirtschaft

Ursprungstext (B) von 1924. Als Serie in Zeitschrift Der Dritte Weg. ab Januar 1989

Zugang über

die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek (das blaue Feld) der Startseite

Zugang über das blaue Feld auf der Startseite meiner Internetseite

**Dr. Sternberg war ein jüdischer Arzt in Emden. Er hat schon 1924 befürchtet, dass unter der Nichtbeachtung der Währungsprobleme die Juden wieder leiden müssten.**

Band II

---

# Segen und Fluch des Geldes

## in der Geschichte der Völker

---

Eine geschichtliche Studie

von

**Fritz Schwarz**

---

2. Auflage - 4.—6. Tausend

1945

---

Genossenschaft Verlag freiwirtschaftlicher Schriften  
Bern

ter auf die Löhne, denn welche Unternehmung darf sich in solchen Zeiten allzusehr verpflichten? So stiegen die Löhne bis 1912 nicht wesentlich oder überhaupt nicht. Im Jahr 1912 brach der Balkankrieg aus und die Löhne stiegen wiederum nicht, weil die Verhältnisse dafür nicht günstig genug schienen . . . So blieben die Löhne in dieser Zeit der Preissteigerung gedrückt, während in der gleichen Zeit die Ersparnisse der älteren Leute durch die Preissteigerung an Kaufkraft geschwächt wurden. Im ganzen genommen waren die Jahre 1908 bis 1912 weder für die Arbeitenden noch für die alten Sparer günstig und so gingen sie an ihrem Ersparten oder am laufenden Arbeitsertrag verkürzt in diese neue Krisis hinein!

### **Die politische Auswirkung des Kampfes ums Gold.**

Lassen wir darüber die Geschichtsschreiber sprechen. Egelhaaf gab anfangs 1914 über das verflossene Jahr 1913 folgendes Bild, das umso wertvoller ist, als es vor dem Kriegsausbruch veröffentlicht wurde.

«Die Hauptereignisse des Jahres 1913 sind: In Deutschland die Erhöhung des Heeresbestandes um 136 000 Mann, . . . in Oesterreich-Ungarn der Entwurf der Erhöhung der Rekrutenziffern von 212 000 Mann jährlich auf 243 800, . . . in Frankreich die Wahl des nationalistisch angehauchten Poincaré zum Präsidenten der Republik, . . . die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, . . . in Belgien die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.»

Im Abschnitt über «die hohe Politik» lesen wir: «Rußland und Oesterreich hatten (im Januar) an ihren Grenzen die Truppen auf Kriegsfuß gebracht, . . . von deutschen Zeitungen ward die Frage erörtert, ob England uns wirtschaftlich wirklich so sehr überlegen sei, und sie ward verneint; seit

1875 wuchs unsere Bevölkerung um 52 %, die englische um 37 %; unsere Sparkasseneinlagen betragen vier Milliarden, die englischen nur 0,442, die französischen 0,450. Unser Handel hob sich seit 1891 um 143 %, der englische um 66 %. Analphabeten kommen bei uns auf 1000 Rekruten 0,2, in England 10, in Frankreich 32, in Italien 306. Am 10. März fragte der Abgeordnete Hugh Cecil, ob England unter bestimmten Umständen verpflichtet sei, moralisch oder rechtlich, eine bedeutende Heeresmacht zur Vornahme von Operationen auf das Festland zu senden. Asquith unterbrach ihn sofort: «Ich möchte bemerken, daß dies nicht der Fall ist.» Als aber am 24. März gefragt wurde, ob England 1905, 1908 und 1911 nicht freiwillig Frankreich Hilfe angeboten habe, schwieg sich Asquith aus, indem er erwiderte: «Welche Verfügung über Heer und Flotte getroffen werden würde, falls sich Regierung und Parlament entschlossen, an einem Kriege teilzunehmen, darüber kann aus offensichtlichen Gründen vorher nichts gesagt werden.» «Daily Graphic» bedauerte aus diesem Anlaß, «daß der Minister eine ausgezeichnete Gelegenheit vorbeigelassen habe, eine Legende zu zerstören, welche für die Vergangenheit wie für die Gegenwart und Zukunft von Bedeutung sei». Der später wiederholt von Churchill gemachte Vorschlag, daß beide Regierungen ein Jahr lang mit Schiffsbauten innehalten und dadurch viel Geld sparen sollten, wurde selbst von englischen Zeitungen als unausführbar bezeichnet: was sollte mit den Arbeitern in diesem Jahr geschehen?! (Von Egelhaaf nicht gesperrt!) Deutscherseits ward gefragt: werden auch Kanada und die andern englischen Kolonien die Bauten einstellen oder nicht?

«Das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich, seit dem Marokkohandel trotz äußerlicher Höflichkeit innerlich schlechter als je, wurde durch einige Zwischenfälle noch heikler. Am 3. April sah sich das

Luftschiff Zeppelin IV zu einer Landung bei Lüneville genötigt, weil es unabsichtlich die französische Grenze überflogen hatte und nicht in den Verdacht des Versuchs zu spionieren kommen wollte. Am 13. April wurden einige Deutsche in Nancy, die im dortigen Kasino der Vorstellung des Stücks «Fritz, der Ulan» beiwohnten, von den französischen Zuschauern beschimpft und am Bahnhof sogar tötlich mißhandelt. Am 22. April überflogen abermals zwei deutsche Flieger die Grenze bei Avricourt und landeten 5 Kilometer landeinwärts aus Mangel an Benzin. Im ersten Fall benahm sich das französische Publikum sehr ungezogen; die Regierung ließ den Zeppelin genau durchsuchen, wobei seine Bauart und Ausrüstung den Franzosen bekannt wurden, gab aber dann das zerlegte Luftschiff zurück, wofür ihr von Berlin aus Dank ausgesprochen wurde. Im zweiten Fall stellte der Staatsrat Ogier auf Befehl des Ministeriums des Innern eine Untersuchung an, worauf dann zwei Polizeibeamte vom Bahnhofsdienst abgesetzt, und der Präfekt des Departements Meurthe-et-Moselle, Bonnet, auf das (übrigens einträglichere) Amt des Generalschatzmeisters des Departements Aisne versetzt wurde. Im dritten Fall erkannte die französische Regierung sofort an, daß höhere Gewalt vorgelegen habe, und die Flieger, Hauptmann von Dewall und Leutnant von Mirbach, durften noch am Abend des 22. April heimkehren.»

Wie gespannt die Lage war, geht aus den Äußerungen im Anschluß an den Besuch des englischen Königspaars und Nikolaus II. in Berlin hervor. Der Bericht bemerkt: «Ausgenommen (von der Freude über diese Zusammenkunft) war natürlich Frankreich, dem die ministerielle «Westminster-Gazette» es am 4. Juni ins Gesicht sagte, daß das in Europa noch nicht überwundene Gefühl der Unsicherheit und des Mißbehagens auf das Bestreben zurückgehe, die dreijährige Dienstzeit in Frankreich wieder einzuführen, obwohl es von Deutschland

nicht bedroht sei. Wie um dieses Urteil zu bestätigen, deutete damals der Ministerpräsident Barthou an, daß Rußland und Frankreich Maßregeln ins Werk setzen wollen, um allen Möglichkeiten die Spitze zu bieten, und der «Matin» erläuterte dies dahin, daß Rußland (gegen Gewährung einer Anleihe von  $2\frac{1}{2}$  Milliarden Franken in fünf Jahresraten) seine strategischen Eisenbahnen vermehren und an der Weichsel zwei neue Korps aufstellen werde, um zu verhüten, daß die Deutschen etwa plötzlich mit überwältigender Macht Frankreich überfallen. Selbst Jaurès, der doch stets für eine Verständigung mit Deutschland eintrat, und die dreijährige Dienstzeit bekämpfte, erklärte damals, «daß Deutschland nötigenfalls den ersten Schlag gegen Frankreich mit 1 300 000 Mann führen wolle und daß man dieser Gefahr durch starke Besetzung der Ostgrenze und Verstärkung der Defensivkraft Frankreichs begegnen müsse!»

In ähnlicher Weise berichtete man über den Besuch des Königs Konstantin in Berlin: «Die Pariser Presse war . . . sehr erbost . . . und drohte mit Höherhängen des Brotkorbs durch Verweigerung der von Griechenland in Paris nachgesuchten Anleihe.» Auch ist der folgende Abschnitt aufschlußreich: «Halbamtlich ward betont, daß Deutschland die längste Grenzlinie — 7365 Kilometer — zu decken habe, daß das Reichsheer 705, die Flotte 263, die Verzinsung der Reichsschuld 234 Millionen erfordere, zusammen also 1203 Millionen; da aber die ordentlichen Reichseinnahmen 2751 Millionen betragen, so ergebe sich, daß die genannten drei Posten nur (!) 12 von 27 Teilen verschlingen.»

In welcher Weise sich eine derartige Ausbeutung und Bedrückung der Völker auswirken mußte, zeigen die «Sozialistischen Monatshefte», vom Juli 1913, worin Max Schippel zeigt, welche Menge von Rohstoffen, Getreide und Fleisch England aus seinen

Kolonien beziehe. «Wer die Folgerungen für andere Völker nicht zieht, ist utopistisch und im Grunde reaktionär. Er erblickt die Zuflucht vor den Gefahren moderner Wirtschaftszustände und vor den die Kräfte stählenden Problemen des modernen Industriegroßstaates in einer verzpöftten Kirchturmsdemokratie mit geistigem Kirchturmshorizont.» Wir sehen auch hier, wie wir es schon früher gesehen haben, wie jede Einengung des Nahrungsspielraumes, durch Verminderung des umlaufenden Geldes hervorgerufen, sofort den Ruf nach Kolonien weckt. Sogar die Sozialisten forderten also 1914 solche, als die Krise die Arbeitsverträge beschneitt.

In Frankreich war die Stimmung nicht weniger gereizt. Der Kriegsminister Etienne sagte in einer öffentlichen Rede für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit: «Wollt ihr Vasallen und Trabanten Deutschlands werden, oder nicht? Wenn ja, so bleibt bei der zweijährigen Dienstzeit; wenn nein, so zieht die Folgerung.» Mit Neid und unverhehlter Bewunderung sah man hinüber nach Deutschland, «wo auch eine gewaltige Heeresverstärkung spielend sich vollzog und wo die Besitzenden die ganze schwere Last mit einer an Selbstverständlichkeit grenzenden Bereitwilligkeit auf sich nahmen».

In England endlich trat ein Zweckverband der Arbeitgeber ins Leben, der einen Kriegsschatz von einer Milliarde Mark ansammeln sollte, «um die Rechte und die Freiheit der Arbeitgeber gegen die Arbeiter zu schützen». — Kampf überall!

### **Wer ist am Kriegausbruch 1914 schuld?**

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß die «Kapitalisten» (d. h. die Zinsbezüger) den Weltkrieg auf dem Gewissen hätten. Die Leute verwechseln das System mit deren Träger. Die Kapitalisten haben die Zinswirtschaft nicht geschaffen, sondern sie sind selber deren Geschöpfe. Mit dem modernen

Tischlein deck dich, mit dem Scheckbuch versehen, können sie sich alle käuflichen Genüsse — und was ist in der heutigen Zinswirtschaft nicht käuflich? — verschaffen. Sie brauchen zur Verbesserung ihrer Lage nicht Krieg, sondern sie lieben den Frieden. Vom Kriege haben sie nur Unruhe, wenn nicht gar die Staatsumwälzung und den Verlust ihres Vermögens, zu erwarten.

Mit mehr Recht könnte man schon sagen, daß die geldlosen Unternehmer und ihre Arbeiter den Krieg ersehnen könnten. Denn wer im Sommer eine Gießerei besucht hat oder zu irgend einer Jahreszeit ein Kohlenbergwerk, der findet zwischen diesen beiden Stätten und einem Unterstand im Felde wahrlich keinen großen Unterschied. Und das Los eines Unternehmers in der Zeit der Krise und das Los eines Frontoffiziers sind auch nicht so verschieden wie man etwa glauben könnte.

Dagegen ist das System anzuklagen, das die Menschen derart in Verzweiflung treiben kann, daß sie in einem Kriege keine Verschlimmerung ihrer Lage zu erblicken vermögen, dieses System der Zinswirtschaft, das dem Arbeitenden die Früchte seiner Arbeit raubt, um sie dem Schmarotzer zuzuhalten, dem Zinsnehmer. Wer 200,000 und mehr Franken besitzt, kann sich auf Kosten der Mitmenschen ein angenehmes Leben erlauben, ohne je einen müden Finger zu machen, und ohne daß sein Vermögen irgendwie abnimmt — sofern der Zinswirtschaftsstaat keine Erschütterungen erleidet. Solche Erschütterungen aber bringt der Krieg, und der Krieg ist infolgedessen die Hoffnung des Armen, des Ausgebeuteten, des Unterdrückten.

Vom Krieg erwartete insbesondere der Sozialdemokrat den Anbruch einer neuen Zeit. Erinnern wir uns an die oben angeführten Worte von Robert Grimm, oder an die Entschließung in Basel 1912. (Siehe S. 66/67.) So berichtet auch Scheidemann

unter-, ja sogar oberbewußt in seinen Memoiren <sup>13)</sup>: «Es gab (1914) nur ein Gesprächsthema: Krieg. Die Anhänger des Krieges schienen in der großen Mehrheit zu sein. Waren die kampfbegeisterten Jünglinge, Männer und Greise von allen guten Geistern verlassen? Waren sie alle so vollkommen im Unklaren über das Furchtbare eines Krieges?» Doch da erinnert sich Scheidemann, daß die sozialdemokratische Partei schon damals die stärkste Partei Deutschlands gewesen war, und so fügt er bei: «Dabei war die ungeheure Mehrheit des Volkes ganz zweifellos unbedingt gegen den Krieg.» Wie man sieht, reimt sich dieser Satz ganz und gar nicht mit dem vorhergehenden. Aber er paßt zu der allgemein angenommenen Phrase, daß das Volk gegen den Krieg sei, und dies ist eben in Krisenzeiten nicht wahr! Seien wir uns doch darüber ganz klar: Es stecken in jedem Menschen eine Menge von Trieben zur Zerstörung, zum Angriff, zum allermindesten aber zur Verteidigung, und vor allem zur Verteidigung seines Lebensraums. Kann man einem Menschen einreden, daß er sich für seine bedrohte wirtschaftliche Existenz durch den Zusammenschluß in einem Staate oder in einem Heere zu wehren vermöge, so wird er sich eben zu der Masse «Heer» zusammenschließen und als Bestandteil einer Masse handeln, und zwar ganz anders, als er, auf sich allein gestellt, handeln würde. Er braucht nicht unbedingt schlechter zu handeln, als er für sich allein handeln würde, obschon dies — nach Le Bon <sup>14)</sup> — die Regel zu sein scheint.

In der Zeit der Krise mit ihrer Verengerung des Nahrungsspielraums infolge des Geldstreiks ist es ein Leichtes, das Volk zu den Waffen zu rufen und es gegen den äußeren Feind zu führen. Die schwerfällige Maschine, Militär und Heer, erhält dann Sinn und Richtung. Ein Volk dagegen aus ertrag-

<sup>13)</sup> Scheidemann, Memoiren I. S. 234.

<sup>14)</sup> Siehe Le Bon, die Psychologie der Massen.

reicher oder gar aus ausbeutungsfreier Arbeit zum Waffendienst einzuberufen, ist, wenn nicht ganz aussichtslos, so doch wesentlich schwerer. Aus diesem Gefühl heraus hat wohl die von dem Großindustriellen Stumm bezahlte «Post» schon 1910 bei der vierzigjährigen Gedächtnisfeier des Siebzigerkrieges geschrieben: «Vierzig weitere Friedensjahre wären ein nationales Unglück für Deutschland.» In ähnlichem Sinne war ja auch die geheime Wegleitung des Barons von Holstein für die deutsche Vertretung auf dem ersten Haager Friedenskongreß abgefaßt worden: «Für den Staat gibt es keinen höheren Zweck als die Wahrung seiner Interessen; diese werden bei Großmächten nicht notwendig identisch sein mit der Erhaltung des Friedens, sondern viel eher mit der Vergewaltigung des Feindes und des Konkurrenten.» Diesem «höheren Zweck» des Staates diene vor allem auch die Rüstungsindustrie. Was sich diese leistete in Bezug auf Versorgung aller Staaten, das ist seither ans Licht gebracht worden.

Gegen die Konkurrenten — gegen die ging es! Und wer wollte da nicht mitmachen, wenn der Pleitegeier schon über ihm schwebt? Und wenn tausend kleine und große Begierden sich nie so recht austoben konnten? — Es sterben nie alle, die in den Krieg gehen — und warum sollte es nun gerade mich treffen? So sagt sich der Bedrängte.

Im Zinswirtschaftsstaate wirken daher zwei Kraftströme auf das Ziel Krieg hin: die Not der durch die Krise gehezten Klassen und daneben die Angst der durch einen Aufstand dieser Klassen gefährdeten oberen Zehntausend. Da ja die Not durch das System des Zinswirtschaftsstaates entsteht, scheinen die Nutznießer der Not für die Unterdrückten auch gleichzeitig die Verursacher zu sein. Die Zinsbezüger ihrerseits müssen unter diesen Umständen alles aufbieten, den Haß der Ausgebeuteten auf das Ausland abzulenken. «Das

Ausland, von dem wir abhängig sind, macht die Preise, nicht wir», so sagte kurz vor Ausbruch des Generalstreikes in der Schweiz der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, als er den Entrüstungssturm der ausgebeuteten Sparer und Festbesoldeten kommen fühlte. In ähnlicher Lage befanden sich 1914 die Regierenden aller europäischen Länder. «Das Ausland hat unsere Not auf dem Gewissen, laßt uns dem Ausland daher den Krieg erklären und uns unsern Platz an der Sonne erobern.» So dachten und handelten die Regierungen, und ihre bedrängten Völker folgten ihnen auf diesem Wege nach. «Die Schüsse von Serajewo waren für uns eine Erlösung», las man in einer deutschen Flugschrift, «denn so konnte es nicht mehr länger weitergehen». Und was in dieser Flugschrift ausgesprochen war, das fühlten und dachten die Völker allerorten, und noch mehr als die Völker deren Regierungen. Denn noch immer ist in Krisenzeiten der Krieg das letzte Auskunftsmittel einer schlechtberatenen Regierung gewesen.

### **Gab es 1914 einen Ausweg aus der Krise?**

Fragt man sich, ob den Regierenden 1914 keine Möglichkeit gegeben worden wäre, die auf der gesamten abendländischen Kultur lastende Krise zu beheben, so können wir auf eine Schrift hinweisen, die schon im Frühjahr 1909 sämtlichen deutschen Landesfürsten, Ministern und Abgeordneten zugestellt worden war. Sie hieß «Aktive Währungspolitik, eine neue Orientierung auf dem Gebiet der Notenemission» und hatte als Verfasser die beiden deutschen Kaufleute Silvio Gesell und Ernst Frankfurth. In dieser Schrift von 96 Seiten Umfang war die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldes klar dargelegt, der Bedarf an Geld, das Maß des Geldbedarfes, waren die Folgen steigender und sinkender Preise angegeben, ferner stan-

den darin währungstechnische Vorschläge für die Sicherung der Währung und zwar sowohl für die nationale als für die internationale Währung. In aller Deutlichkeit und Sachlichkeit war darin auch dargelegt, woher die allgemeinen Krisen rühren und, was wichtiger war, es wurde auch angegeben, wie sie verhindert und beseitigt werden könnten. Doch rührte sich damals in ganz Deutschland keine Hand, um hier etwas zu tun. Erst jagte man die Volkswirtschaft in die Preissteigerung hinein, um sie dann in der Preissenkung und Absatzstockung im Stiche zu lassen. Wenn man schon nach Verantwortlichen für den Weltkrieg von 1914 bis 1918 suchen will, so müßte man sie dort finden, wo man für die Währungspolitik verantwortlich war und diesen Warnungsruf von Gesell und Frankfurth nicht beachtete.

Zu dieser Schrift waren von 1912 ab neue Warnungen gekommen durch den in Berlin erscheinenden «Physiokrat», herausgegeben von Georg Blumenthal. Da hatte Otto Maß schon im November 1912 vor der kommenden Krise gewarnt: «Allgemeiner Preisfall ist Krankheit für die Volkswirtschaft, ist Hemmung des Lebens in allen Formen, ist beginnendes Sterben. Wie unmittelbar aber gerade die kulturelle Entwicklung davon berührt wird, das ergibt sich deutlich z. B. gerade daraus, daß mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit eine Steigerung der Verbrechen Hand in Hand geht.» Er zeigt dann die verhängnisvollen Folgen der Goldverminderung und verlangt eine dem Warenangebot angepaßte Geldverwaltung, «ein Reichswährungsamt». Das wäre, schreibt er dort, «eine volkswirtschaftliche Leistung von größter Tragweite, eine Tat auch von größter kulturpolitischer Bedeutung». In der Dezembernummer überschreibt Gesell den Leitartikel mit «Geld oder Krieg!». «Das herkömmliche Geld kann mit einer schadhafte Leiter verglichen werden: je höher wir steigen, um so tiefer stürzen

wir, wenn sie bricht. Und sie wird brechen. Unser Geld bedingt den Kapitalismus, den Zins, die Massenarmut, die Revolte und schließlich den Bürgerkrieg, der erfahrungsgemäß mit unheimlicher Schnelligkeit zur Barbarei zurückführt. Und für Barbaren gibt es kein anderes Mittel, um die Bevölkerung auf der Höhe der Subsistenzmittel zu erhalten als den Krieg, den Massenmord. Entweder Arbeitsteilung und ein dieses sicherndes Geldwesen, als Träger einer aufwärtsstrebenden Kultur, die die Subsistenzmittel der Bevölkerung anzupassen weiß, oder aber umgekehrt die gewaltsame Anpassung der Bevölkerung an die natürlich gegebenen Subsistenzmittel durch den Krieg, das gegenseitige Totschlagen der Ueberzähligen.» Er mahnt die Verantwortlichen im gleichen Aufsatz: «Wer es vorzieht, seinen eigenen Kopf etwas anzustrengen, statt fremde Köpfe einzuschlagen, der studiere das Geldwesen...»

Im gleichen Jahre sprach auf dem Internationalen Handelskammerkongreß in Boston Professor Irving Fisher über die Teuerung und ihre Ursachen. Professor Woodrow Wilson, der nachher Präsident der Vereinigten Staaten wurde, machte mit seinem Einverständnis den Vorschlag, in Zeiten sinkender Preise den Golddollar leichter auszuprägen, so daß also dessen Menge erhöht werden könnte, wodurch die Nachfrage steigen würde und die Preise gehalten werden könnten.

Doch ungehört verhallten diese Vorschläge und Warnungen. Der Sozialdemokrat Südekum, Mitglied des Reichstages, wurde in Nürnberg von einem Vertreter dieser Ansichten gestellt, der selbst Vorstandsmitglied eines sozialdemokratischen Vereins in Berlin gewesen war. «Da ich diese Ansichten von der gesellschaftlichen Entwicklung für falsch halte, werde ich ihrer Propaganda mit derjenigen Energie entgegentreten, die ich meiner Partei und ihren An-

hängern schuldig bin», antwortete Abgeordneter Südekum auf einen Brief seines Kritikers.<sup>16)</sup>

So prallte die Aufklärungsarbeit Gesells und seiner Anhänger an der Mauer marxistischer und bürgerlicher Vorurteile ab, obschon im November 1913 Gesell einen Ausspruch aus der Geschichte des Siebzigerkrieges anführte, worin Moltke sagte: «Es sind die Stimmungen der Völker, das Unbehagen über einen Zustand, welche den Frieden gefährden.»

Man wollte nicht merken, daß man mit voller Fahrt in einen solchen Zustand hineinfuhr, ja, sich schon mitten darin befand, denn «sieben Arbeitslosenversammlungen (so berichten die Berliner Zeitungen im August 1913) waren nach den großen Sälen in den einzelnen Berliner Stadtvierteln einberufen worden. Der Andrang war sehr stark, mehrere Säle mußten schon eine Stunde vor dem Beginn polizeilich gesperrt werden. Referenten waren Gewerkschaftsführer. Sie schätzten die Zahl der in Berlin vorhandenen Arbeitslosen auf 50,000. Darunter befänden sich ungezählte Arbeiter, die schon 17 bis 20 Wochen hätten feiern müssen. Hierzu kämen noch Tausende von Arbeitern, die seit Wochen sogenannte Feierschichten in den Kauf nehmen müßten. Als Hauptursache der Kalamität wurde die heutige Wirtschaftspolitik bezeichnet.» (Als der Krieg vorbei war und die Geldverminderungskrise gleicherweise in vollem Gange war wie 1912, da hieß es überall: Das sind die Folgen des Krieges!)

Im gleichen Monat wiederholte Gesell im «Physiokrat» die Vorschläge vom Jahre 1909, die die Amerikaner, wie wir noch hören werden, Ende 1922 durchführten, um die Krise zu beheben.

---

<sup>16)</sup> «Physiokrat» Nr. 4, August 1914.

## Warum versagte 1914 die Sozialdemokratie?

Diese Frage wird oft beantwortet mit dem Einwand: Nicht der Sozialismus, sondern der Kapitalismus hat versagt. Er hat das Blutbad auf dem Gewissen. Der Sozialismus war noch zu schwach, um sich durchzusetzen.

Dieser Einwurf hätte seine Berechtigung, wenn die führenden Sozialisten bei Kriegsausbruch wirklich bis zum Letzten für den Frieden gekämpft hätten und der Uebermacht erlegen wären. Tatsächlich aber war es so, daß sie zum vornherein alle die Flinte ins Korn warfen. Noch schlimmer war, daß die Großzahl von ihnen und gerade die Führenden den Krieg überhaupt nicht für möglich hielten und über die kommenden Ereignisse völlig im Unklaren waren. Wie wir bereits aus der «Berner Tagwacht» hörten, erwartete Robert Grimm vom Krieg die Revolution und den Untergang des Kapitalismus; er mußte also den Krieg begrüßen. Wie er, so dachten damals viele schweizerische Sozialdemokraten. Unter solchen Umständen mußte man aber annehmen, daß die Regierungen keinen Krieg entfesseln würden. Wie den Schweizer Genossen, so ging es auch denen in Deutschland. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands berief zwei Tage vor der deutschen Kriegserklärung eine Vorstandssitzung ein, in der gerügt wurde, daß «der Genosse Ebert, einer der Parteivorsitzenden, nicht einmal aus seinem Urlaub zurückgekehrt sei». Ebert war seit einigen Wochen im Urlaub auf der Insel Rügen. Er konnte offenbar an den furchtbaren Ernst der Lage nicht glauben. In einem vom 27. Juli datierten Briefe an den Parteivorstand schrieb er, daß man «Basel» — das hieß: den letzten Internationalen Sozialisten-Kongreß — nicht wiederholen könne. Dagegen schien ihm eine Kundgebung des Internationalen Sozialistischen Büros zweckmäßig. Daß die Mitglieder des ISB. bereits auf dem Wege

nach Brüssel waren, wußte er nicht. «Ich bitte Euch sehr, mich schnell zu informieren. Selbstverständlich bin ich gerne bereit, sofort zurückzukehren. Wir sind hier ja gut aufgehoben. Bei dieser Situation kommt man aber, wie gesagt, doch nicht zur Ruhe.»<sup>16)</sup>

Ebenso ahnungslos schien man auf der letzten Sitzung der zweiten Internationale zu sein. Angelica Balabanoff, eine gewiß unverdächtige Zeugin, schreibt: «Nur die wenigsten unter den Anwesenden, so Jaurès und Rosa Luxemburg, schienen sich Rechenschaft davon zu geben, was der Arbeiterklasse harrte, aber auch die Scharfsehendsten machten sich keinen Begriff von den Dimensionen oder von der Nähe der Katastrophe. Als sich während der Nachmittagssitzung des ersten Tages das Gerücht vom russischen Ultimatum verbreitete, wollte niemand daran glauben, am allerwenigsten die anwesenden Russen Rubanovitch und Axelrod. (!) Die Sitzung hatte ganz den Anschein einer normalen. Die Vertreter der einzelnen Länder gaben Berichte über die Zustände im Lande; derjenige Viktor Adlers, der auf absolute Aussichtslosigkeit irgendeiner proletarischen Aktion gegen den Krieg und während desselben schließen ließ, verlieh dem ganzen Verlauf der Sitzung das Gepräge. In keinem der Berichte kam ein Funken Glaube an die Abwehrkraft der Arbeiterklasse zum Vorschein, es waren rein formelle Darstellungen ohne jede Perspektive einer revolutionären Aktion. Als ich — ohne etwa einen bestimmten Antrag zu stellen — auf frühere Diskussionen über einen eventuellen Generalstreik zurückkam, schaute man mich bestürzt an. Viktor Adler sagte mit wehmütiger Ironie, ich sei von Sinnen, während Jules Guesde darauf hinwies, daß ein Generalstreik gerade die sozialistisch entwickeltsten Länder bedrohen würde,

<sup>16)</sup> Scheidemann, Memoiren I.

denn gerade in diesen würde die sozialistische Parole befolgt werden, wodurch der «Feind» in eine bevorzugte Stellung gelänge. Nur die englischen Delegierten, Keir Hardie und Bruce Slapier schienen den Generalstreik für durchführbar zu halten, wobei sie erklärten, daß die Kriegsgefahr für England ganz ausgeschlossen sei, daß aber gegebenenfalls die Trade Unions die energischste Opposition machen, ja, den Generalstreik proklamieren würden. Als man dann in der zweiten Sitzung auf die Notwendigkeit zu sprechen kam, den für September 1914 in Wien geplanten Internationalen Sozialistischen Kongreß anderswo abzuhalten, wobei Rosa Luxemburg im Einvernehmen mit Jaurès Paris vorschlug, und sie gerade mit der Ausarbeitung dieses Vorschlages beauftragt wurden, erschien es mir als ein deutliches Zeichen dafür, daß man sich außerstande fühlte, überhaupt etwas Wirksames gegen den Krieg zu unternehmen.» —

Woher kam diese Schwäche? Ein Revolutionär mit festem Glauben an seine Lehre wird sich niemals schwach fühlen. Die Männer hier aber glaubten nicht mehr, daß ihre Ansichten hieb- und stichfest seien. Die sozialistischen Lehren gehen auf den Nachweis aus, daß der Zukunftsstaat so oder anders kommen müsse. Zwangsläufig, einer unbestimmt gehahnten inneren Entwicklung folgend und gehorchend, sollte sich der Kapitalismus entwickeln, bis aus seinem Schoße der Sozialismus entsprang. «Wir können dabei», so sagte Marx, «nichts anderes sein als die Geburtshelfer der neuen Zeit.» So lag im Sozialismus ein großes Stück Gehenlassen — trotz allen Kampfes, trotz aller Anstrengungen, die man aufwendete, um die Massen zu Anhängern zu gewinnen.

Dieser Glaube an die selbsttätige Entwicklung zum Sozialismus hin lähmte weniger die Massen als vielmehr ihre Führer. Scheidemann wie Greulich bekennen, daß das Studium des Marxismus

ihnen Kopfschmerzen bereitet hätte: «Mir rauchte nach zehn Seiten der Kopf», meinte Greulich, und Scheidemann schreibt, sein Versuch, «sich an der Milch marxistischer Theorie zu laben», sei «selten ein Labsal, zumeist ein kummervolles Bemühen», gewesen, das ihn «oft dem Verzweifeln nahe brachte» und bloß die Tatsache habe ihn aufatmen lassen, daß sich Marx und Engels in London einmal «regelrecht bekneipt und dann im Uebermut Straßenlaternen eingeworfen haben!»<sup>17)</sup>

Für die Massen genügte es, an die Entwicklung zum Sozialismus zu glauben und Vertreter in die Behörden zu wählen. Glaube an die Führer war damals in einem heute nicht mehr recht vorstellbaren Maße vorhanden. Wie die Führer, so konnten die geschulteren Parteigenossen kaum an den Ausbruch des Krieges glauben. Wo aber dieser Glaube an den Krieg da war, sah man auch als dessen Schlußstrich unfehlbar die Weltrevolution. Dies hatte die Anhänger der sozialistischen Lehre von jeher in eine schwankende Stellung zum kommenden Kriege gebracht, denn brachte er die Revolution, so brachte er auch den Zukunftsstaat und damit das Ideal, dem man bisher durch den Klassenkampf entgegengetrebt hatte! Rief der Militarist «Krieg», so dachte er daran, auf dem «Felde der Ehre» die Genossen hüben und drüben zur Strecke zu bringen, und sagte der Sozialist «Krieg», so sah er im Geiste die verbrüdernten Soldaten auf dem Schlachtfelde ihre Waffen gegen die kapitalistischen Regierungen wenden und den Sozialstaat ausrufen; von einer einmütigen Verurteilung des Krieges als einem Verbrechen war daher keine Rede.

Der Sozialist der Vorkriegszeit sah zudem in den Jahren von 1912 bis 1914 die Verelendungstheorie von Karl Marx und seine Theorie der Ausbeutung bestätigt. Von 1908 bis 1912 waren die Löhne hin-

<sup>17)</sup> Scheidemann, Memoiren I.

ter den Preisen zurückgeblieben und von 1912 ab setzte schon wieder die Krise mit ihrer Arbeitslosigkeit ein: die Verelendungstheorie schien also bestätigt. Auch die Ausbeutungstheorie von Marx erachtete man als gerechtfertigt, derzufolge der Arbeiter um so mehr ausgebeutet wird, je länger, geschickter und fleißiger er arbeitet. Auch aus diesem Grunde glaubte man, einen kommenden Krieg als die große Abrechnung betrachten zu müssen. So galt er gewissermaßen als notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Entwicklung auf ihrem Wege zum Sozialismus.

Die Wurzel dieser Irrtümer lag im Fehlen einer Krisenerklärung in der sozialdemokratischen Lehre. Kein einziger sozialistischer Führer vor 1914 lieferte eine Krisenerklärung, die die Erscheinungen von 1908 bis 1914 auch nur im entferntesten verständlich und durchsichtig gemacht hätte. Weder die Preissteigerung mit ihren Folgen, noch die Ursache des nachherigen Preisfalles und seiner Auswirkungen sind je in der sozialistischen Presse der Vorkriegszeit in ihren Ursachen dargestellt worden. Wohl bemerkte man, daß eine innere Unruhe das gepeinigte Volk allüberall erfaßte, aber man wurde nicht gewahr, welche Auswirkungen für Krieg und Frieden sich daraus ergaben. Fassungslos standen die Führer 1914 vor ihren Leuten, die gegen ihre wirtschaftlichen Gegner mit den Waffen in der Hand losziehen wollten, und das geflügelte Wort der Sozialisten: «Proletarier aller Länder vereinigt euch», jetzt vertauschten gegen das neue Wort: «Wir wollen uns unseren Platz an der Sonne erobern.»

Die sozialdemokratische Lehre erkennt eben auch die menschliche Natur, die in erster Linie auf die persönliche und wirtschaftliche Selbsterhaltung bedacht ist und die sich, wenn eingeengt, immer rücksichtslos über alle Schranken hinwegsetzen wird. Die liberale, ja sogar die kapitalistische Wirtschaftsordnung kennt eine feinere Rücksichtnahme

auf die Natur der Menschen und sie wird daher in entscheidenden Augenblicken ganz gefühlsmäßig den Massen die Führer liefern — sofern die sozialistischen Führer nicht, wie es 1914 der Fall war, sich selber an die Spitze der Massen stellen, um sie im Kampfe um «den Platz an der Sonne» anzuführen.

Der unausrottbare Trieb des Menschen: sich seinen Platz an der Sonne zu erobern, brachte «die Tatsache mit sich, daß die Völker größtenteils mit ungeheurer Begeisterung in den Krieg gegangen sind, die Völker, die doch schwerlich Lust gehabt hätten, für den Kapitalismus ihr Blut zu verspritzen». So schreibt im September 1914 Professor R a g a z.<sup>18)</sup> Er fährt dann weiter: «Wenn wir also auch annehmen wollten, der Kapitalismus habe den Krieg herbeigeführt, so ist klar, daß er dies gar nicht zu tun vermocht hätte, wenn er nicht eine andere Macht hätte aufbieten können, die stärker war als er. Wie heißt diese Macht? Sie heißt: Nationalismus. Dieser ist über die Völker gekommen wie ein ungeheurer Rausch.» Diese Erklärung an sich erinnert zuerst an das böse Wort: «Wo Begriffe (Begreifen!) fehlen, da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein.» Dem ist nicht so. R a g a z ist ein viel zu scharfer Kopf, um sich täuschen zu lassen oder bei einem Schlagwort stehen zu bleiben. «... es ist im Grund der Geist des Egoismus ... stammt, wie jeder Rausch dieser Art aus Leere, aus dem Gefühl des Mangels, einer Minderwertigkeit, einer ungestillten Gier, und ist darum bei bisher verkürzten Völkern am leichtesten zu erregen.» (Gesperartes von uns hervorgehoben!) Wir möchten nach den bisherigen Erfahrungen der Weltgeschichte nur noch hinzufügen: In Zeiten der Krise, der Arbeitslosigkeit und Absatzstockung, der Verengerung des Nahrungsmittelspielraums und der wirtschaftlichen Unsicherheit bricht er — und damit brauchen wir noch-

<sup>18)</sup> «Neue Wege», Zürich 1914, Septemberheft.

mals die Worte von Ragaz: «mit dem dämonischen Unendlichkeitsdrang der natürlichen Leidenschaft» hervor.

Gegen diese «natürliche Leidenschaft» konnte der blut- und seelenlose Schemen des marxistischen Sozialismus nicht aufkommen — wird auch nie aufkommen können.

Wie aber die künstliche Begrenzung des Nahrungsspielraums durch die Krise kommen mußte, haben wir früher schon gezeigt. «Der unbedingte Freihandel, die volle Bewegungsfreiheit für die Menschen hätte den Weltkrieg unmöglich gemacht», schreibt Ch. L. Hartmann, <sup>19)</sup> und er hat Recht.

Die weltfremde Lehre des Marxismus ließ 1914 ihre Anhänger sehr unsanft wieder auf die Erde zurückkehren. In der «Berner Tagwacht» schrieb am 8. August 1914 Robert Grimm einen Aufruf mit folgenden Schlußsätzen, die für seine ganze innere Haltlosigkeit bezeichnend sind: «Hinter unsern tapfern Soldaten, die ohne Murren und ohne Widerrede ihre Pflicht erfüllen, muß die Solidarität des Volksganzen stehen. In diesem Bewußtsein werden wir gemeinsam allen Stürmen trotzen und das Schreckliche, das über andere Völker gekommen ist, von uns abwenden. Kopf hoch, Augen auf. Glied für Glied des Volkes fest gefügt, so soll uns die Zukunft finden.»

Die Zukunft sollte die Glieder des Schweizer Volkes jedoch nicht immer festgefügt finden, und daß der hier von Robert Grimm dem Militarismus angetragene Burgfriede nicht erhalten blieb, ist zur Hauptsache die Schuld der Geldverwaltung in den Kriegsjahren gewesen. Ein Redaktor eines andern Berner Blattes, Dr. E. Kellenberger, der heutige Finanzexperte des Bundesrates und Vizedirektor des Eidg. Kassen- und Rechnungswesens, hat das 1918 knapp und klar ausgesprochen. Doch

<sup>19)</sup> Ch. L. Hartmann, Vor der Waffenruhe, Basel 1918.

greifen wir nicht vor, sondern betrachten wir die Rolle der Goldwährung bei Kriegsausbruch und im Kriege selbst.

### **Die Goldwährung bei Kriegsausbruch.**

Fragte man in Friedenszeiten nach Sinn und Zweck des Goldschatzes und der Golddeckung der Noten, so wurde man mit ernster, wenn nicht gekränkter Miene auf den Krieg und seine Notwendigkeiten hingewiesen. Kaum war aber der Krieg in Sicht, so mußte die Goldwährung aufgehoben werden... Doch die gleichen Leute, jetzt wieder nach Sinn und Zweck der Goldwährung gefragt, erwidern nun mit der gleichen Entrüstung: Ein großer Goldschatz ist die beste Vorbereitung für die Wiederaufnahme der Friedenswirtschaft. — Dabei zeigte sich dann, wie wir noch sehen werden, daß die Goldwährung erst dann wieder eingeführt werden konnte, als längst alles in Ordnung war.

Im «Verwaltungsbericht der Reichsbank für 1914» lesen wir über die Zeit des Kriegsausbruchs:

«Das Gesetz betr. die Reichskassenscheine und die Banknoten befreite die Reichsbank von der Verpflichtung zur Noteneinlösung, um auf solche Weise den Goldschatz vor einer Schwächung durch Goldentziehungen zu schützen. Das Gesetz betr. die Aenderung des Bankgesetzes bestimmte, daß Schatzanweisungen des Reiches und die Wechsel, die das Reich verpflichten, unter der Voraussetzung einer höchstens dreimonatigen Laufzeit als bankmäßige Notendeckung zu gelten haben und eröffnete damit die Möglichkeit, dem Reich in einer dem Wesen und Zweckbestimmung einer Notenbank entsprechenden Form weitestgehenden Kredit zu gewähren.»

Diese beiden Gesetzesänderungen bewilligte am 4. August der Reichstag ohne ein Wort darüber zu verlieren. Die Goldwährung war abgeschafft.